

30.07.2019

Kleine Anfrage 2817

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

„Wir kriegen euch alle“ – Ehrenamtler im Visier von Rechtsextremisten. Lässt die Landesregierung die Betroffenen allein?

Nach Medienberichten kursieren seit Längerem sogenannte Feindeslisten in rechtsextremen Kreisen. Neben dem NSU sind weitere solcher Listen bei anderen rechtsextremen Gruppierungen gefunden worden. Laut Medienberichten sollen 25.000 Personen auf diesen Listen aufgeführt sein. Eine dieser Gruppen soll darüber hinaus konkrete Handlungen vorbereitet haben. Unter den auf diesen Listen aufgeführten Namen sollen auch kommunalpolitisch Aktive aufgeführt sein.

In verschiedenen Medien wird davon berichtet, dass sich Betroffene eingeschüchtert und von den Behörden allein gelassen fühlen. Ob und wie Betroffene informiert würden, hänge demnach von den jeweils zuständigen Behörden ab. Auch die Gefährdungseinschätzung erfolge in den Behörden unterschiedlich.

Kommunalpolitische Aktive sowie ehrenamtliche Aktive insgesamt bedürfen die besondere Unterstützung des Staates, für den sie sich in ihrer Freizeit engagieren. Wenn Menschen aufgrund ebendieses Engagements in das Visier von Extremisten geraten, muss eben jener Staat sie schützen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele kommunalpolitische Aktive aus NRW stehen auf den besagten Listen von Rechtsextremisten? (bitte nach Kommune und Geschlecht aufschlüsseln)
2. Durch wen wurden die Betroffenen auf welchem Wege informiert?
3. Wie lange nach Kenntnis der Aufführung auf einer der Listen durch die Sicherheitsbehörden des Landes sind die Betroffenen informiert worden?

Datum des Originals: 30.07.2019/Ausgegeben: 31.07.2019

4. Wie erfolgte die Gefährdungseinschätzung durch die Polizei NRW in diesen Fällen bzw. welche Maßnahmen hat die Polizei NRW ergriffen?
5. Welche Beratungsangebote wurden den Betroffenen unterbreitet?

Stefan Kämmerling